II. Teil: Den Blick nach Westen gerichtet (1923–1927)

7. SPD und Sowjetunion im Krisenjahr 1923

Ruhrbesetzung: „Kann Rußland uns retten?“

Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Militärverbände das Ruhrgebiet. Der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré, der als treibende Kraft dahinter stand, hoffte damit, „produktive Pfänder“ für die deutschen Reparationsleistungen zu gewinnen und die Sicherheit Frankreichs zu erhöhen. Das Sicherheitsbedürfnis war bei Deutschlands westlichem Nachbarn vor allem infolge des Rapallo-Vertrags erneut angewachsen, so daß ein unbedeutender Rückstand Deutschlands bei den Reparationsleistungen ein willkommener Vorwand für den Einmarsch in das Ruhrgebiet war. Die Reichsregierung verkündete daraufhin den passiven Widerstand gegen die Besatzer. Es kam, wie Peter Krüger schreibt, zu einer rücksichtslosen Machtprobe, „die Deutschland an den Rand des völligen Zerfalls brachte“¹.

Zwei Tage nach dem Truppeneinmarsch protestierte am 13. Januar das Allrussische Zentralexekutivkomitee gegen die Ruhrbesetzung². Im Februar erklärte Außenminister Čičerin, die Ruhrbesetzung störe den Normalisierungsprozeß in Europa, der im sowjetischen Interesse liege. Genau die entgegengesetzte Meinung war jedoch auf dem 12. Kongreß der KPR(b) im April zu hören: die Ruhrbesetzung erschüttere die für Sowjetrußland gefährliche Stabilisierung des kapitalistischen Systems³. Hier werden die beiden Positionen deutlich, zwischen denen die Führer der Sowjetunion angesichts der kritischen Lage in Deutschland 1923 pendelten: einerseits die Solidarität mit dem Rapallo-Partner, der wegen seines „halbkolonialen“ Status auch ohne proletarische Diktatur gegenüber den imperialistischen Entente-Staaten eine Art revolutionären Faktors darstellte⁴, anderseits der Versuch, die Krise zur Revolutionierung Deutschlands zu nutzen.

Nicht nur letztere Option stieß auf die Ablehnung der SPD, auch die diplomatische Unterstützung, die die Sowjetunion Deutschland gewährte, wurde von ihr nicht sehr hoch eingeschätzt. Dabei hatte die sowjetische als einzige fremde Regierung gegen die Ruhrbesetzung protestiert, wie Reichskanzler Cuno in einem Gespräch mit führenden Gewerkschaftern am 23. Januar 1923 hervorhob⁵. Darüberhinaus machten die *Pravda* und die *Izvestija* am 19. und am 24. Januar gegenüber Polen deutlich, daß die Sowjet-

¹ Krüger, Versailles, S. 113–116, Zitat S. 116.

² Wolfgang Ruge: Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Berlin (O) 1962, S. 45. Für den Wortlaut: Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Cuno. 22. November 1922 bis 13. August 1923. Bearb. von Karl-Heinz Harbeck. Boppard 1968. Nr. 52, S. 186, Fußnote 2.

³ Luks, Kommunistische Faschismustheorie, S. 60.

⁴ Geyer, Sowjetrußland und die deutsche Arbeiterbewegung, S. 21.

⁵ AdR Kab. Cuno Nr. 52, S. 186.

union es nicht einfach hinnehmen würde, wenn Polen die Schwäche Deutschlands dazu nutzen würde, in Ostpreußen oder im deutschen Teil Oberschlesiens einzufallen⁶. Bezeichnend für die Haltung der SPD zu dem sowjetischen Protest ist, daß er nur in einer kurzen Meldung auf der dritten Seite der Morgenausgabe des *Vorwärts* vom 16. Januar Erwähnung fand⁷. Man maß der Sowjetunion für die Lösung des Ruhrkonflikts keinerlei Bedeutung bei. „Die Frage an das Schicksal ist“, hieß es im Leitartikel der Abendnummer des *Vorwärts* vom selben Tag, „ob sich die Deutsche Republik so lange erhalten wird, bis sich in Form eines Regierungswechsels in Frankreich oder einer Wiedereinschaltung englischer und amerikanischer Einflüsse in die kontinentale Machtsphäre eine Wendung zum Besseren anbahnt.“⁸ Dennoch mußte sich die SPD auch mit der „russischen Option“ auseinandersetzen, da sie in Deutschland eine nicht unbeträchtliche Breitenwirkung entfaltete. So beobachtete der *Vorwärts* im Januar ähnliche nationalbolschewistische Tendenzen wie während des polnisch-sowjetischen Krieges⁹, und im August wandte sich Max Cohen in den *Sozialistischen Monatsheften* gegen die Hoffnung auf Rußland, an der sich „die Vielen, Allzuvielen berauschen“¹⁰.

Zwei Hauptargumente wurden gegen diese aus sozialdemokratischer Sicht trügerische Hoffnung ins Feld geführt. Zum einen wurde bezweifelt, ob Rußland überhaupt die Macht habe, Deutschland wirksam beizustehen. Es sei ökonomisch schwach und militärisch nicht einmal in der Lage gewesen, Polen zu besiegen¹¹. Viel wichtiger als diese „technischen“ Überlegungen war aber das Mißtrauen der SPD gegen die sowjetische Außenpolitik. Ein sowjetisiertes Deutschland „wäre das Schlachtfeld, das der russische Imperialismus braucht, um sich von der erdrückenden Umschließung des Ententeimperialismus zu befreien“, hatte Otto Wels auf dem Augsburger Parteitag der SPD im September 1922 erklärt¹². Die Furcht, die Sowjetunion wolle Deutschland als eine Art „Rammbock“ gegen die Entente benutzen, bestimmte auch die Einschätzung der sowjetischen Haltung zum Ruhrkonflikt durch die SPD. So begrüßte der *Vorwärts* zwar den sowjetischen Protest vom 13. Januar, jedoch mit erheblichen Vorbehalten, die fast einer Zurückweisung gleichkamen. Der Protest werde nicht nur von der Regierung getragen, sondern auch von den verfolgten sozialistischen Parteien Rußlands geteilt, hieß es im SPD-Zentralorgan, und im übrigen kaffe zwischen den Solidaritätskundgebungen der russischen Arbeiter und der russischen Staatspolitik, deren Werkzeug die Komintern sei, „ein Abgrund, über den sich jeder deutsche Arbeiter Rechenschaft ablegen muß, wenn er nicht als Kanonenfutter für Unternehmungen dienen will, die

⁶ Ruge, Stellungnahme, S. 57. Schon Ende Dezember 1922 hatte Trotzki gegenüber dem deutschen Botschafter Brockdorff-Rantzau erklärt, bei einer französischen Besetzung des Ruhrgebiets würde Rußland einen polnischen Einfall in Schlesien keinesfalls dulden und eingreifen; ADAP Serie A, Bd. 6: 1. März bis 31. Dezember 1922. Göttingen 1988, Nr. 289, S. 591. Allerdings teilte wenig später Fritjof Nansen dem deutsche Geschäftsträger in Moskau von Hentig mit, Trotzki habe ihm gegenüber versichert, die Rote Armee werde nicht marschieren, wenn es zu einem deutschpolnischen Konflikt komme; von Blücher, Weg nach Rapallo, S. 172.

⁷ „Ein Protestaufruf der Sowjetregierung“, *Vorwärts* Nr. 24 vom 16. 1. 1923.

⁸ „Die Schicksalsfrage“, *Vorwärts* Nr. 25 vom 16. 1. 1923.

⁹ „Die Hoffnung auf Rußland“, *Vorwärts* Nr. 27 vom 17. 1. 1923.

¹⁰ Max Cohen: Kann der Völkerbund helfen? in: SM Nr. 8 vom 23. 8. 1923, S. 467–471, hier: S. 471.

¹¹ Karl Kautsky: Kann Rußland uns retten? in: *Vorwärts* Nr. 106 vom 4. 3. 1923.

¹² Prot. SPD-PT Augsburg, S. 59.

mit den Zielen der sozialistischen Arbeiterbewegung nichts gemein haben“¹³. Der *Vorwärts* verwies dabei auf die Thesen, die Bucharin auf dem vierten Kongreß der Komintern im November 1922 vertreten hatte. Der proletarische Staat müsse von den Proletariern aller Länder verteidigt werden, hatte er postuliert. Sowjetrußland behalte sich dabei vor, auch mit einem bürgerlichen Staat ein militärisches Bündnis zu schließen, um mit seiner Hilfe „ein anderes Bürgertum niederzuschmettern“. Dabei seien dann die Kommunisten des Bündnislandes verpflichtet, diesem Block zum Siege zu verhelfen¹⁴. Der *Vorwärts* erblickte darin ein „Abschwenken der Kommunistischen Internationale ins imperialistische Fahrwasser“¹⁵. Karl Kautsky formulierte seine Meinung über die Rolle der Sowjetunion im Ruhrkonflikt noch eindeutiger: „Wollten wir an ihre Hilfe appellieren, sie würde kein Bedenken tragen, uns in die wildesten Abenteuer hineinzureiten, um uns im entscheidenden Moment zu verraten und im Stich zu lassen.“ Hilfe und Unterstützung gelte es dagegen in den USA, Großbritannien, Italien, Frankreich und Belgien zu mobilisieren¹⁶. Dabei zielten die Hoffnungen im Falle Englands und Amerikas auf die Regierungen – England hatte in der Reparationskommission gegen die Feststellung eines deutschen Zahlungsrückstandes gestimmt¹⁷ –, im Falle der anderen Länder vor allem auf die dortige Sozialdemokratie, die die Ruhrbesetzung verurteilt hatte, ebenso wie dies eine eigens zu diesem Zweck einberufene internationale Konferenz des IGB, der Zweiten Internationale und der IASP am 26. u. 27. Januar 1923 in Amsterdam getan hatte¹⁸.

Wichtiger als die sozialdemokratischen Oppositionsparteien in den Besatzerstaaten waren aber die Mächte, die als Vermittler in Betracht kamen. Zu Sondierungen über eine mögliche englische Unterstützung Deutschlands reiste daher im Februar Rudolf Breitscheid nach London, ohne daß diese Mission allerdings unmittelbare Ergebnisse zeitigt hätte¹⁹. Die Gewerkschaften aller Richtungen, der ADGB, der AfA-Bund, der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund und der Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsring forderten Anfang Februar in einem Appell an den US-amerikanischen Kongreß die Entsendung einer unparteiischen Untersuchungskommission, deren Arbeit eine Basis für eine friedliche Regelung des Ruhrkonflikts ergeben sollte²⁰. Obwohl die beabsich-

¹³ „Die Hoffnung . . .“.

¹⁴ Geyer, Sowjetrußland, S. 20f.

¹⁵ „Die Hoffnung . . .“.

¹⁶ „Kann Rußland uns retten?“; Manfred Niemeyers Behauptung, Kautsky habe mit diesem Artikel die Sowjetunion in ein militärisches Abenteuer hineinziehen wollen, kann nur als Ausfluß eines paranoiden Kautsky-Feindbildes erklärt werden, das für die marxistisch-leninistische Historiographie kennzeichnend ist. Manfred Niemeyer: Zur Formung des Sowjetunion-Bildes durch das Zentralorgan der KPD „Rote Fahne“ und durch das Zentralorgan der SPD „Vorwärts“, dargestellt am Beispiel der sowjetischen Verfassungsgesetzgebung von 1918 bis 1937. (Diss.) Greifswald 1980, S. 221.

¹⁷ Hermann Graml: Europa zwischen den Kriegen. München ⁵1982, S. 163f.

¹⁸ Nachrichten der IASP, April 1923, S. 2f.

¹⁹ „Ein Appell an England“, Vorwärts Nr. 69 vom 10.2. und Rudolf Breitscheid: Englische Eindrücke, in: Vorwärts Nr. 91 vom 23. 2. 1923. Die kleine Minderheit der Kontinentalpolitiker bewies im Ruhrkonflikt wieder einmal einen schweren Mangel an außenpolitischem Realitäts-sinn, indem sie, geprägt von ihrer Phobie gegen alles Angelsächsische, Vermittlungsaktionen Großbritanniens und des Völkerbundes ablehnte und stattdessen direkte Verhandlungen mit Frankreich empfahl; vgl. Cohen, Völkerbund, v. a. S. 468f.

²⁰ „Appell an Amerika“, Vorwärts Nr. 58 vom 4. 2. 1923.

tigte Völkerbundsinitiative des schwedischen Ministerpräsidenten Hjalmar Branting gegen die Ruhrbesetzung vom Januar gescheitert war²¹, begann die SPD, sich über Appelle an westliche Staaten hinaus Mitte 1923 nachdrücklich für den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund einzusetzen. Das Ziel eines demokratisierten Völkerbundes, eines „Weltparlamentes“, in dem auch Deutschland und Sowjetrußland vertreten sein sollten und das als Instrument einer friedlichen Konfliktregelung dienen sollte, war bereits 1921 ins Görlitzer Programm der SPD aufgenommen worden²². Der Ruhrkonflikt verlieh diesem Ziel neue Dringlichkeit. In einem Leitartikel des *Vorwärts* plädierte Hermann Müller im Juli für den deutschen Beitritt zum Völkerbund, von dem er eine anziehende Wirkung auch auf die Sowjetunion und die USA erwartete²³, und die SPD-Reichstagsfraktion forderte den Antrag auf Beitritt in ihrem Beschluß vom 11. August, mit dem sie der Regierung Cuno das Vertrauen entzog²⁴. Von der Sowjetunion erwarteten die Sozialdemokraten nicht nur keine Hilfe, auch die Hilfe, die dann tatsächlich aus Rußland für die deutschen Arbeiter im Ruhrgebiet kam, nämlich eine größere Geld- und eine Getreidespende, war ihnen nicht willkommen. Sie betrachteten sie, nicht ganz zu Unrecht, weniger als uneigennützig geleistete Hilfeleistung, denn als propagandistische Unterstützung der KPD. Am 28. Januar faßte der Allrussische Gewerkschaftsrat den Beschluß, 100000 Goldrubel – beim damaligen Stand der deutschen Währung etwa zwei Milliarden Mark – für den Streikfonds der im passiven Widerstand befindlichen Ruhrarbeiter zu spenden. Überwiesen wurde das Geld an die Zentrale der KPD. Diese gab es an den „Reichsausschuß der Betriebsräte“ weiter²⁵. Der *Vorwärts* bezeichnete den „Reichsausschuß“ als „kommunistische Deckfirma“, die zum Zweck der Zerstörung der Gewerkschaften gegründet worden sei. Die Spende sei ohnehin nur ein Teil dessen, was die KPD aus Rußland an Unterstützung beziehe²⁶. Einen weiteren Spendenbeschluß faßte der Allrussische Gewerkschaftsrat am 4. März. Aus Mitteln, die russische Arbeiter gestiftet hatten, sollten 500000 Pud (zirka 8000 Tonnen) Getreide für die Ruhrarbeiter beschafft werden. Ein erster Getreidedampfer verließ am 25. März Tallin (Reval)²⁷. Bei der Ankunft des Getreidetransport in Hamburg am 5. April hielt Ernst Thälmann eine Dankrede²⁸. Der Reichsausschuß der Betriebsräte richtete zur Verteilung des Getreides eigene Kontrollausschüsse ein, die zugleich auch als Organe der Einheitsfronttaktik dienen sollten. Vielerorts aber wurde den Kontrollausschüssen von sozialdemokratischen Wohlfahrtspflegern die Herausgabe von Adressen unterstüt-

²¹ Graml, Europa, S. 164f.

²² Hermann Müller[-Franken]: Völkerbeziehungen und Internationale, in: Adolf Braun (Hrsg.): Programmwurf der SPD. Ein Kommentar. Berlin 1921, S. 75–83, insbes. S. 79.

²³ Hermann Müller: Sollen wir in den Völkerbund? in: *Vorwärts* Nr. 373 vom 19. 7. 1923.

²⁴ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe 2, Bd. 7,2. Berlin (O) 1966, S. 403.

²⁵ AdR Kab. Cuno, S. 265, Fußnote 3; Ruge, Stellungnahme, S. 66.

²⁶ „Russische Hungerhilfe“, *Vorwärts* Nr. 56 vom 3. 2. 1923; AdR Kab. Cuno, S. 265, Fußnote 3. Marie Luise Goldbachs Bemerkung zu der Rubelspende, „anders als nach der Novemberrevolution“ sei die Spende diesmal nicht zurückgewiesen worden, geht am Kern der Sache vorbei. Es war eine sozialdemokratische Regierung, die sich mit den Westmächten zu arrangieren hatte, die das Angebot vom November 1918 ausschlug, während der Spendenempfänger 1923 die KPD war; Goldbach, Radek, S. 119.

²⁷ Ruge, Stellungnahme, S. 67.

²⁸ Ebenda, S. 72.

zungsbedürftiger Familien verweigert. Stattdessen wurde verlangt, das Brot solle den Wohlfahrtsstellen zur Verteilung überlassen werden²⁹.

*Die Gründung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale
und ihre Stellungnahme zur Sowjetunion*

Der gescheiterte Versuch einer Kooperation der drei Internationalen und die anhaltende Verfolgung von Sozialisten in Rußland hatten die letzten Hoffnungen auf eine baldige allgemeine Einigung der sozialistischen Arbeiterbewegung zerstört. SPD und USPD, die jeweils zu den bedeutendsten Parteien der internationalen Zusammenschlüsse zählten, denen sie angehörten, hatten sich wiedervereinigt. In Europa wuchsen die Spannungen, wie die Ruhrbesetzung augenfällig deutlich machte, und zugleich bedrohliche reaktionäre und rechtsextreme Tendenzen: In Italien hatte der Faschismus die Macht errungen, in Ungarn unterdrückte das Horthy-Regime die Arbeiterbewegung und in Deutschland war – insbesondere in Bayern – die NSDAP im Aufwind. Diese Faktoren bewogen die II. Internationale und die IASP, ihre Kräfte zu bündeln und zur Gründung einer geeinten sozialistischen Internationale aufzurufen³⁰. Der Gründungskongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) fand vom 21. bis 25. Mai 1923 in Hamburg statt. Das Verhältnis zur Sowjetunion war dabei eines der zentralen und zugleich eines der wenigen kontroversen Themen.

Am 4. April hatte das zehnköpfige Vorbereitungs-komitee des Hamburger Kongresses erneut gegen die Ruhrbesetzung protestiert und zugleich die Verfolgung von Sozialisten in Rußland und Georgien scharf gebrandmarkt³¹. Als der Kongreß Ende Mai zusammentrat, herrschten jedoch andere Voraussetzungen. Es hatte kaum Wirkung, daß die Partei der Sozialrevolutionäre demonstrativ fünf der in Moskau zum Tode Verurteilten als Delegierte nominiert hatte³², denn die Stimmung wurde von der Sorge beherrscht, „die Westmächte könnten wieder einen Kreuzzug gegen Rußland unternehmen“³³. Anlaß dazu gab ein Ultimatum des britischen Außenministers Curzon an die Sowjetunion. Es war ausgelöst worden durch eine ganze Reihe britisch-sowjetischer Konflikte. So waren die britische Appelle zugunsten eines in der Sowjetunion zum Tode verurteilten Priesters brüsk zurückgewiesen worden. Auch ein britischer Staatsbürger war in der Sowjetunion hingerichtet worden, ein anderer befand sich in Haft. Schließlich waren mehrfach im hohen Norden britische Fischkutter von den Sowjets beschlagnahmt worden. Vor allem aber wandte sich das Ultimatum vom 8. Mai 1923³⁴ gegen die antibritische sowjetische Propaganda in Indien, Persien und Afghanistan und drohte mit dem Abbruch der 1921 aufgenommenen Handelsbeziehungen. Dieser akute Konflikt wurde, während der SAI-Kongreß in Hamburg tagte, am 23. Mai durch ein

²⁹ Ruge, Stellungnahme, S. 74.

³⁰ Vgl. die gemeinsame Erklärung der Exekutiven der II. Internationale und der IASP vom 8. 12. 1922 in: Nachrichten der IASP, Januar 1923, S. 2–4. Auch in: Kongreßprotokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. [Nachdr. Glashütten 1974], Bd. 1: Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg 21.-25. Mai 1923, S. 3ff. Berlin 1923.

³¹ Nachrichten der IASP, April 1923, S. 4.

³² Prot. SAI Hamburg, S. 30.

³³ Braunthal, Internationale, S. 289.

³⁴ Also nicht vom Vortag des Beginns des SAI-Kongresses, wie Braunthal, a. a. O., annimmt.

Einlenken der Sowjetregierung beigelegt, was aber die Atmosphäre des Kongresses nicht wesentlich beeinflusste³⁵. Das Klima war zu gespannt, war doch am 10. Mai auch noch der sowjetische Diplomat und alte Bolschewik V. V. Vorovskij in Lausanne von einem in Rußland geborenen Schweizer Rechtsradikalen erschossen worden³⁶. Die KPD organisierte aus diesem Anlaß in Berlin ihre bislang größte Massendemonstration³⁷.

Am 22. Mai, dem zweiten Tag des Hamburger Kongresses und dem eigentlichen Verhandlungsbeginn, wandten sich Raphael Abramowitsch und Arthur Henderson von der Labour Party unisono gegen die britische Drohung, die Handelsbeziehungen ab-zubrechen. Dies beschwöre die Gefahr einer erneuten Hungerblockade und eines neuen Bürgerkrieges herauf, erklärte Abramowitsch³⁸. Trotz dieser Übereinstimmung waren die Menschewiki und die Labour Party Kontrahenten in der Behandlung der russischen Frage. Die Hauptresolution des Kongresses, überschrieben „Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion“, enthielt eine längere Passage, die sich mit der Sowjetunion befaßte. Sie verurteilte in allgemeiner Form „die fortgesetzte Anwendung terroristischer Methoden durch die russische Regierung und die Beseitigung der demokratischen Grundrechte“, stellte aber die Ablehnung jeglicher Intervention und die Forderung nach diplomatischer Anerkennung Sowjetrußlands in den Vordergrund³⁹. Diese Resolution wurde einstimmig verabschiedet⁴⁰, nachdem die Sozialrevolutionäre in den Kommissionsverhandlungen zuvor erfolglos versucht hatten, die Formulierung über die diplomatische Anerkennung abzuschwächen, wogegen neben anderen sich auch die Menschewiki gewandt hatten⁴¹.

Konfliktträchtiger war dagegen eine spezielle Rußland-Resolution, die von den Menschewiki eingebracht wurde. Die Sozialdemokraten in Rußland erwarteten vom Hamburger Kongreß eine entschiedene Verurteilung der Politik der Bolschewiki, besonders der sich ständig verschärfenden Verfolgungsmaßnahmen gegen oppositionelle Sozialisten⁴². Der Resolutionsentwurf, den Raphael Abramowitsch für die menschewistische Delegation vortrug, wurde dieser Erwartung voll gerecht. Der Versuch der Bolschewiki, den Sozialismus zu errichten, habe eine schreckliche Niederlage erlitten, heißt es darin. Privateigentum und kapitalistische Beziehungen seien faktisch wieder-

³⁵ von Rauch, Sowjetunion, S. 229f.; Graubard, British Labour, S. 236ff.; „Englisch-russische Verständigung“, Vorwärts Nr. 238 vom 24. 5. 1923.

³⁶ „Faschistisches Attentat in der Schweiz“, Vorwärts Nr. 218 vom 11. 5. 1923.

³⁷ Ruge, Stellungnahme, S. 175.

³⁸ Prot. SAI Hamburg, S. 19f.

³⁹ Ebenda, S. 11f.

⁴⁰ Ebenda, S. 86.

⁴¹ „Obeditel'nyj Kongress“ [Der Vereinigungskongreß], Socialističeskij Vestnik Nr. 11 vom 12. 7. 1923.

⁴² Vgl. das Flugblatt des Büros des ZK der RSDAP „An den Internationalen Sozialistischen Kongreß in Hamburg“, Nl. Dan, Mappe 16 (Das Büro des ZK wurde nach der Emigration der Butyrki-Häftlinge als menschewistische Parteileitung in Rußland 1922 eingerichtet. Die ZK-Mitglieder im Ausland bildeten die Auslandsdelegation der RSDAP; Broido, Lenin and the Mensheviks, S. 139), ferner den erst im Juli im Westen eingetroffenen Appell einer Gruppe von Sozialdemokraten auf dem Weg in die Verbannung: „An Appeal to the Hamburg Congress“, IISG Amsterdam, Archiv SAI, 2593/1–4, sowie „Privet peterburgskich rabočich Gamburgskomu kongressu“ [Ein Gruß von Petersburgern an den Hamburger Kongreß], Socialističeskij Vestnik Nr. 12 vom 1. 7. 1923.

hergestellt. Statt der Diktatur des Proletariats herrsche die Diktatur der kommunistischen Partei, die durch die Verfolgung jeder unabhängigen Bewegung der Arbeiterklasse die Möglichkeit der internationalen Einigung des Proletariats zerstöre. Auf dem Boden der bolschewistischen Diktatur wachse die Gefahr einer Konterrevolution, die für die ganze europäische Politik gefährlich sei. In dem Resolutionsentwurf wurde die allgemeine diplomatische Anerkennung der bestehenden russischen Regierung gefordert und von dieser zugleich verlangt, die politische Verfolgung einzustellen und den Übergang zu Freiheit und Demokratie einzuleiten. Der Entwurf endete mit einem Gruß an die Opfer bolschewistischer Verfolgung⁴³.

In den Kommissionsverhandlungen, über die keine offiziellen Aufzeichnungen vorliegen, stieß der Antrag vor allem bei den englischen Delegierten auf Widerstand. Da auch ihre Regierung mit der politischen Verfolgung in der Sowjetunion argumentierte – wengleich sie dabei nicht die Sozialisten im Blick hatte –, fürchteten sie, ihren Kampf gegen die antisowjetische Linie Lord Curzons zu schwächen, wenn sie ihrerseits die Repressionen der russischen Kommunisten gegen Andersdenkende öffentlich anprangern würden⁴⁴. Daß die Sozialrevolutionäre versuchten, auch in dieser Resolution die Forderung nach Anerkennung der Sowjetregierung abzuschwächen, verstärkte die Abneigung die Briten gegen den menschewistischen Antrag⁴⁵. Manche Labour-Vertreter sympathisierten zudem nach wie vor mit den Bolschewiki. So erklärte sich die britische Sozialistin Beatrice Webb als Vorsitzende des Ausschusses, der unter anderem über den Beitritt der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre zur SAI zu beraten hatte, gegen die Aufnahme von Leuten, die in ihrem eigenen Land eine sozialistische Regierung bekämpften, allerdings ohne für diese Haltung eine Mehrheit zu finden⁴⁶. Der menschewistische Resolutionsentwurf erfuhr in der Kommission einige nicht unbedeutende Veränderungen. So wurde das Bekenntnis zum Kampf gegen imperialistische Interventionen in die inneren Angelegenheiten Rußlands an die Spitze gestellt und stark betont. Die Feststellung, der bolschewistische Versuch, den Sozialismus aufzubauen, sei gescheitert, fiel heraus. Die Warnung vor einer konterrevolutionären Entwicklung, die durch die bolschewistische Politik vorbereitet würde⁴⁷, tauchte nur noch en passant auf. Dagegen wurde an den Forderungen nach Einstellung der politischen Verfolgung und Wiederherstellung der demokratischen Rechte festgehalten, ebenso wie an der Sympathieerklärung für die Opfer bolschewistischer Verfolgungen⁴⁸. Die neue Fassung der Resolution beschränkte sich somit im wesentlichen auf die Solidarität mit den verfolgten Sozialisten in der Sowjetunion, ohne sich die menschewistische Kritik an der Politik der russischen Kommunisten zu eigen zu machen. Der Berichterstatter der Kommission, H. N. Brailsford von der britischen Independent Labour Party, relativierte zudem die Verurteilung der Repression insofern, als er erklärte, die Exzesse der Revolution in

⁴³ „Proekt rezolucii“, *Socialističeskij Vestnik* Nr. 12 vom 1. 7. 1923.

⁴⁴ Zur Haltung der Labour Party siehe Graubard, *British Labour*, S. 239 ff. und „Gamburkskij kongress“, *Socialističeskij Vestnik* Nr. 11 vom 12. 6. 1923.

⁴⁵ „Gamburkskij Kongress“.

⁴⁶ Abramowitsch, *Sowjetrevolution*, S. 252.

⁴⁷ Vgl. zu diesem „ceterum censeo“ der Menschewiki ausführlich: Raphael Abramowitsch: *Die Zukunft Sowjet-Rußlands*. Jena 1923.

⁴⁸ Prot. SAI Hamburg, Anhang „Beschlüsse“, S. 14.

Rußland seien letztlich auf die Politik der kapitalistischen Regierungen zurückzuführen – eine Äußerung, die mit lebhaftem Beifall quittiert wurde⁴⁹.

In der neuen Form wurde die Rußland-Resolution vom Kongreß mit Mehrheit verabschiedet, allerdings bei Stimmenthaltung der britischen, schweizerischen und ukrainischen Vertreter sowie des Delegierten der zionistischen Poale Zion. Gegen die Resolution stimmten die Unabhängige Sozialistische Partei Polens und die tschechische Sozialistische Vereinigung⁵⁰. Weder im Kongreßprotokoll noch in den anderen Quellen findet sich ein Hinweis darauf, daß die SPD in der Diskussion um die Rußlandresolution eine besondere Rolle gespielt hat. Aber nicht nur ihre Zustimmung zur Endfassung des Antrags läßt keinen Zweifel daran, auf wessen Seite sie in dieser Debatte stand. Deutlicher noch wurde das bereits in Otto Wels Begrüßungsansprache, als er den Delegierten zurief: „Nie, Genossen, werden wir stark sein gegen die Reaktion, wenn wir schwach sind gegen ihren Helfer, den Zerstörer der Arbeiterbewegung, den die Proletarier der Welt veruneinigenden Kommunismus.“⁵¹

*Die „Schlageterlinie“ als Manöver des russischen Imperialismus.
Kein „Oktober“ in Deutschland*

Daß Wels' eigene Parteifreunde in Thüringen, vor allem aber in Sachsen zur gleichen Zeit die Kooperation mit den Kommunisten erprobten, ist ein Vorgang, der hier nicht genauer behandelt werden kann⁵². Im Jahre 1923 zeigte sich jedenfalls das seltsame Bild, daß es einerseits eine partielle Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten bis hin zur Bildung von Koalitionsregierungen auf Länderebene gab, und andererseits ein zeitweiliges Werben der Kommunisten um die Anhänger rechtsextremer Ideen.

Anfang 1923 hatte die KPD auf sowjetischen Druck hin darauf verzichtet, die revolutionäre Situation, die sich durch die Ruhrbesetzung ergeben hatte, auszunutzen. Der deutsche Widerstand gegen Frankreich, der den sowjetischen Interessen entsprach, sollte nicht geschwächt werden⁵³. Schon im Frühjahr verbreitete sich jedoch in Deutschland die Einsicht, daß der passive Widerstand auf längere Sicht nicht durchzuhalten sein würde⁵⁴. Die Noten der Regierung Cuno an die Alliierten vom Mai/Juni über die Sicherung der deutschen Reparationszahlungen und einen Garantiepakt für die Westgrenze erreichten ihre beabsichtigte Wirkung zwar nicht, können aber als Auftakt

⁴⁹ Ebenda, S. 80.

⁵⁰ Prot. SAI Hamburg, S. 86 f. Eine informative Zusammenstellung von Angaben zu den einzelnen Mitgliedsparteien der SAI findet sich bei Werner Kowalski u. a.: *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*. Berlin (O) 1985, S. 285–338. Ansonsten ist dieses Werk von den üblichen Defekten kommunistischer Partei-Geschichtsschreibung geprägt. So erfährt man beispielsweise über die Position der Menschewiki auf dem Hamburger Kongreß nur, sie sei „eine offen konterrevolutionäre, vom blindwütigen Antikommunismus geprägte“ gewesen. Ihre klare Ablehnung ausländischer Interventionen in Sowjetrußland und ihr Eintreten für dessen diplomatische Anerkennung wird unterschlagen; ebenda, S. 46. Auch die Haltung der Labour Party auf dem Hamburger Kongreß wird in dem Werk nicht beleuchtet.

⁵¹ Prot. SAI Hamburg, S. 15 f.

⁵² Dazu detailliert: Ernst Wolowicz: *Linksopposition in der SPD von der Vereinigung mit der USPD 1922 bis zur Abspaltung der SAPD 1931*. (Diss.) 2 Bde. München 1983, S. 190–240.

⁵³ Luks, *Kommunistische Faschismustheorie*, S. 60; Braunthal, *Internationale*, S. 295.

⁵⁴ Karl Dietrich Erdmann: *Die Weimarer Republik*. München 1980, S. 169.

für eine Verständigung mit den Westmächten betrachtet werden⁵⁵. Angesichts ihres gespannten Verhältnisses zu Großbritannien konnte dies nicht im Interesse der Sowjetunion liegen. Das war der Hintergrund für die von der Komintern verordnete Annäherung der deutschen Kommunisten an die nationalistischen und rechtsextremistischen Kreise. Infolge der Verständigungsbereitschaft von Regierung und Industriekreisen mit den Alliierten sollte der nationale Widerstand auf eine neue Basis gestellt und zugleich das „proletarisierte Kleinbürgertum“ für den Kampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes gewonnen werden⁵⁶.

Karl Radek leitete diesen neuen Kurs mit seiner berühmten Rede „Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts“ ein. Diese Rede, gehalten in der Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 20. Juni 1923, ist ein Appell von hochgespannter Emotionalität und zugleich ein Meisterstück kühler Dialektik⁵⁷. Am Beispiel des Freikorpsmannes und ehemaligen Baltikum-Kämpfers Albert Leo Schlageter, den die französischen Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet wegen Sabotageakten hatten hängen lassen und der daraufhin zum Märtyrer und Idol der deutschen Nationalisten wurde, versuchte Radek zu zeigen, daß der Kampf der Rechtsextremen gegen das Proletariat ein Irrweg war. Die Befreiung des gesamten deutschen Volkes sei identisch mit der Befreiung des kämpfenden deutschen Proletariats. „Schlageter kann nicht mehr diese Wahrheit vernehmen. Wir sind sicher, daß Hunderte Schlageter sie vernehmen und sie verstehen werden.“⁵⁸

Auch die deutschen Sozialdemokraten vernahmen Radeks Wahrheit, da sie aber keine Schlageter waren, konnten sie sie auch nicht in seinem Sinne verstehen. Der *Vorwärts* sprach am 3. Juli vom Übergang der Kommunisten „in das Lager der extremsten Nationalisten“, der „offensichtlich auf russische Einflüsse zurückzuführen“ sei. Deren Wurzel liege in einem „neuen Patriotismus“ der Sowjetregierung, der sich durch die Fortführung der imperialistischen Außenpolitik der Zarenregierung, verbrämt mit „radikalen, sowjetistischen Redensarten“, auszeichne. Die Klassengrundlage dieses Imperialismus sah der *Vorwärts* in dem Umstand, daß die Bolschewiki „Vertreter, nicht der russischen Arbeiterklasse, sondern des russischen, zum Kapitalismus und zum Schutz der Interessen des Bauerntums zurückgekehrten Sowjetstaates“ seien. Eines der Hauptmittel der russischen Außenpolitik sei „die Aufpeitschung und Unterstützung nationaler Leidenschaft nicht nur in den asiatischen Kolonialländern, sondern auch in dem industriellen Deutschland“, um diese Länder gegen England und Frankreich auszuspielen⁵⁹.

Daß einem Rechtsradikalen wie dem Grafen Reventlow – wegen seines Eintretens für den unbeschränkten U-Boot-Krieg im Ersten Weltkrieg bezeichnete ihn der *Vorwärts* als „alldeutschen U-Boot-Apostel“ – die *Rote Fabne* Raum für einen Beitrag zu Radeks Schlageterrede gab, bestätigte dem SPD-Zentralorgan, „was wir immer gesagt haben,

⁵⁵ Erdmann, Weimarer Republik S. 170; Krüger, Versailles, S. 128.

⁵⁶ Winkler, Revolution, S. 578.

⁵⁷ Abgedruckt in: Internationale Pressekorrespondenz 3 (1923) Nr. 105 vom 25.6., S. 885f. Radek hat solche Ansichten schon länger verfochten; vgl. Ernst Troeltsch: Spektator-Briefe. Tübingen 1924, S. 269f.

⁵⁸ Ebenda, S. 886.

⁵⁹ „Nationalkommunismus“, *Vorwärts* Nr. 306 vom 3. 7. 1923.

daß Kommunisten und Faschisten sich offen in die Hände arbeiten“⁶⁰. Auch der sich 1923 neu formierende linke Flügel der SPD, der eine weitgehende Zusammenarbeit mit der KPD gefordert hatte⁶¹, war von Reventlows Erscheinen in der *Roten Fabne* deutlich irritiert und warf der KPD vor, sie leiste mit ihrer Taktik einer faschistischen Diktatur Vorschub⁶².

Der Eindruck, den die „Schlageterlinie“ auf die SPD machte, war nachhaltig, obwohl diese Position kaum den Sommer 1923 überdauerte und auch keine nationalbolschewistische Welle auslöste⁶³. Auf dem Berliner Parteitag der SPD im Juni 1924 erklärte Artur Crispian: „Der Bolschewismus endet im Faschismus. Das sehen wir in Ungarn, in Bayern, in Italien und auch in Rußland, wo im Grunde nichts anderes als der Faschismus wütet.“⁶⁴ Zur gleichen Zeit, als in der deutschen Sozialdemokratie eine Tendenz zur Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus und damit ein Kernelement der Totalitarismustheorie auftauchte⁶⁵, entwickelten interessanterweise führende Kominternfunktionäre, vor allem Sinowjew, mit Blick auf die deutsche Sozialdemokratie die ersten Ansätze zur „Sozialfaschismus“-Theorie. Bereits im November 1923 erklärte Sinowjew, General Seeckt einerseits und Ebert und Noske andererseits repräsentierten nur verschiedene Spielarten des Faschismus⁶⁶, eine These, die 1924 auf dem fünften Kominternkongreß auch von Stalin in leicht modifizierter Form aufgenommen wurde⁶⁷.

Bedeutender als diese Tendenzen, die sich erst Ende der zwanziger Jahre voll entfalteteten, war für die kommenden Jahre der Umstand, daß die KPD zu einem Zeitpunkt mit außenpolitischen Vorstellungen der Rechtsradikalen sympathisierte, als sich Wege zu einvernehmlichen Lösungen des Reparations- und Sicherheitsproblems mit den Westmächten eröffneten. Diese Wege wollten die Sozialdemokraten beschreiten. Die „Schlageterlinie“ hatte bei ihnen den ohnehin vorhandenen Imperialismusvorwurf gegen die Sowjetunion bestätigt und verstärkt. Nach diesem Interpretationsmuster beurteilte die SPD-Mehrheit dann auch die Widerstände der Sowjetunion gegen die deutsche Verständigung mit den Westmächten Mitte der zwanziger Jahre.

Trotz des gespannten Verhältnisses zur KPD, das für die SPD insgesamt kennzeichnend ist, kam es in Sachsen und Thüringen, Hochburgen des linken Flügels der Sozialdemokratie, zur Kooperation von Sozialdemokraten und Kommunisten. Diese tolerierten sozialdemokratische Minderheitsregierungen, es wurden gemeinsame sogenannte „proletarische Hundertschaften“ zur Abwehr des anwachsenden Faschismus aufge-

⁶⁰ „Von Radek bis Reventlow. Große völkisch-kommunistische Koalition“, Vorwärts Nr. 358 vom 2.8. 1923.

⁶¹ „Zur Lage der Partei“, Sozialistische Politik und Wirtschaft (SPW) Nr. 45 vom 31.7. 1923; Winkler, *Revolution*, S. 586; sehr kritisch zur Position der Linken: „Die Sonderkonferenz von Weimar“, Vorwärts Nr. 359 vom 3.8. 1923.

⁶² „Ein Gespann?“, SPW Nr. 47 vom 7.8. 1923, S. 2ff.

⁶³ Winkler, *Revolution* S. 584f.; Louis Dupeux: *Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1933*. München 1985, S. 192–205.

⁶⁴ Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll. Berlin 1924 [Nachdr. Glashütten 1974], S. 49.

⁶⁵ So auch schon bei Karl Kautsky: *Maifeier und Internationale*, in: Vorwärts Nr. 201/202 vom 1.5. 1923.

⁶⁶ Luks, *Kommunistische Faschismustheorie*, S. 79.

⁶⁷ Ebenda, S. 85; Siegfried Bahne: „Sozialfaschismus“ in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: *IRSH* 10 (1965) S. 211–245, hier: S. 224.

baut, und am 10. beziehungsweise 16. Oktober wurden in Sachsen und Thüringen sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierungen gebildet⁶⁸. Die Kommunisten verfolgten dabei weitreichende Ziele. Die Regierungen in Sachsen und Thüringen sollten zur Ausgangsbasis der kommunistischen Revolution in Deutschland werden. Die Entscheidung darüber war im August/September in der Sowjetunion zwar unter Beteiligung von KPD-Vertretern, aber auf Initiative und unter maßgeblichem Einfluß der KPR(b)-Führung getroffen worden. Der Eintritt der KPD in die sächsische und die thüringische Landesregierung war auf Weisung Sinowjews erfolgt⁶⁹.

Den Verdacht, die KPD wolle „die Zersplitterung der deutschen Arbeiterklasse, um auf dem sich dann entwickelnden Chaos die außenpolitischen Ziele der russischen Sowjetregierung zu verwirklichen“, äußerte bereits Ende September die *Leipziger Volkszeitung*, die, wie auch der Leipziger Unterbezirk der SPD die Zusammenarbeit mit der KPD skeptisch beobachtete⁷⁰. Bekanntlich wurde aber aus dem geplanten Aufstand nichts, weil der Beschluß dazu erst gefaßt worden war, nachdem die Krise in Deutschland ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte. Nachdem der kommunistische Aufruf zum Generalstreik bei der Betriebsrätekonferenz in Chemnitz am 21. Oktober völlig ohne Widerhall geblieben war, wurde das Unternehmen abgeblasen, und es kam – aus nicht ganz geklärten Gründen – nur in Hamburg zu einem lokalen Aufstand⁷¹. Sozialdemokratische Angriffe auf die Sowjetunion, die angesichts dieser Entwicklung zu erwarten gewesen wären, blieben nach dem Hamburger Aufstand weitgehend aus. Die Hintergründe der KPD-Politik waren ja noch nicht vollständig bekannt. Außerdem beherrschten die Reichsexekution gegen Sachsen und Thüringen, die zum Austritt der SPD aus der Reichsregierung und zu einem scharfen innerparteilichen Konflikt führte⁷², und die gleichzeitige Rechtsentwicklung in Bayern, die ihren Höhepunkt im Hitlerputsch vom 9. November 1923 hatte, die Aufmerksamkeit der SPD⁷³. Allerdings hatte der *Vorwärts* kurz vor dem Hamburger Aufstand durchaus die Möglichkeit einer sowjetischen Einflußnahme auf die deutsche Entwicklung registriert. Am 13. Oktober brachte er einen Aufsatz aus der Feder eines Professors G. Tschachotin, der Redakteur der in Berlin erscheinenden probolschewistischen Zeitschrift *Nakanune* [Am Vorabend] war⁷⁴. Tschachotin erklärte, Rußland habe kein Interesse an einem deutschen Bürgerkrieg, da dieser für seine ruhige Entwicklung und den „endgültigen Triumph des Arbeiterstaatsgedankens in Europa“ äußerst schädlich wäre. Ein Bürgerkrieg in Deutschland würde die Reaktion und den Faschismus stärken. Falls ihn aber die Kommunisten gewinnen würden, hätte Rußland davon nur den zweifelhaften Gewinn eines geschwächten, unterstützungsbedürftigen Verbündeten. Die *Vorwärts*-Re-

⁶⁸ Wolowicz, Linksopposition, S. 215 f. und S. 233 f.

⁶⁹ Winkler, Revolution, S. 622–624; Luks, Kommunistische Faschismustheorie, S. 70–72.

⁷⁰ „Einheitsfront des Proletariats“, LVZ Nr. 225 vom 26. 9. 1923; Wolowicz, Linksopposition, S. 193 und S. 203.

⁷¹ Winkler, Revolution, S. 652–654; Luks, Kommunistische Faschismustheorie, S. 72.

⁷² Siehe dazu Winkler, Revolution, S. 655–669 und S. 696 f.

⁷³ Diese Einschätzung gründet sich auf die Durchsicht des *Vorwärts* und der LVZ für den betreffenden Zeitraum.

⁷⁴ Zu *Nakanune* und der mit ihr verbundenen Rückkehrbewegung russischer Emigranten: Heller, Sowjetunion, S. 135–141; Hans-Erich Volkmann: Die russische Emigration in Deutschland 1919–1929. Würzburg 1966, S. 57.

daktion erklärte in einem Vorspann, sie drucke den Artikel Tschachotins ab, „um einer der mehr realistisch eingestellten Auffassungen in russischen politischen Kreisen Geltung zu verschaffen“⁷⁵. Am 18. Oktober erläuterte Raphael Abramowitsch, Tschachotins Artikel müsse als Widerspiegelung der Stimmungen einflußreicher russischer Regierungskreise betrachtet werden. Auch Trotzki und Radek seien gegen eine Revolution in Deutschland, es gebe aber auch andere Kräfte⁷⁶.

Mit seiner Aussage über Trotzki und Radek befand sich Abramowitsch im Irrtum, ebenso wie der *Vorwärts*, sollte er geglaubt haben, mit dem Tschachotin-Artikel kommunistische Aufstandspläne konterkarieren zu können. Sein Appell an die „realistisch eingestellten Auffassungen in russischen politischen Kreisen“ hatte ein konkretes Ereignis als Hintergrund.

Am 25. September 1923 berichtete der *Vorwärts* über die Entdeckung zweier Waffenlager der KPD in Berlin und erklärte, sie seien von „amtlichen Organen der hiesigen russischen Botschaft errichtet“. Einige der an der Anlegung der Arsenale Beteiligten waren bereits verhaftet worden, und die Ermittlungen führten auf die Spur des sowjetischen Militärattachés Petrov, der die Waffen bezahlt hatte. Das SPD-Zentralorgan kommentierte: „Das Vorgehen des ‚Petroff‘ bedeutet jedenfalls einen ungeheuren Mißbrauch des Rapallo-Vertrages, den sich die Reichsregierung auf keinen Fall gefallen lassen darf.“⁷⁷ Der Artikel blieb nicht ohne Folgen. Der russische Botschafter Krestinskij beschwerte sich im Auswärtigen Amt über den Bericht⁷⁸, die *Izvestija* wiesen wenig später die Vorwürfe zurück und bedauerten, daß sich die deutsche Regierung davon nicht distanziert habe⁷⁹. Diese hatte es vorgezogen, die Behauptungen des *Vorwärts* zunächst zu überprüfen, wobei sie sich vollständig bestätigten⁸⁰.

Der sowjetische Außenminister Čičerin und Karl Radek erhoben in Moskau gegenüber dem deutschen Botschafter Brockdorff-Rantzau den Vorwurf, der Bericht sei offiziell inspiriert und ein Signal für eine Änderung der deutschen Außenpolitik⁸¹. Angesichts der genauen Detailkenntnis des *Vorwärts* und der Tatsache, daß sowohl das preußische als auch das Reichsinnenministerium von Sozialdemokraten, nämlich von Carl Severing und Wilhelm Sollmann, geleitet wurden, erscheint ein „guter Draht“ des SPD-Zentralorgans zu den befaßten Behörden nicht gerade unwahrscheinlich. Čičerins und Radeks Bedenken richteten sich aber wohl vor allem gegen die erst seit einigen Wochen im Amt befindliche Regierung Stresemann, in der der Kanzler zugleich das Amt des Außenministers einnahm. Die neue Regierung hatte einen Tag nach dem Erscheinen des *Vorwärts*-Artikels den Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet verfügt und arbeitete zielstrebig auf eine Verständigung mit den Westmächten hin⁸². Zumindest bei Radek muß aber neben einem außenpolitischen Motiv auch das

⁷⁵ G. Tschachotin: Rußland und die deutsche Krise, in: *Vorwärts* Nr. 480 vom 13. 10. 1923.

⁷⁶ Raphael Abramowitsch: Moskauer Realpolitik, in: *Vorwärts* Nr. 448 vom 18. 10. 1923.

⁷⁷ „Russisch-kommunistische Waffenlager“, *Vorwärts* Nr. 447 vom 25. 9. 1923.

⁷⁸ AdR Kab. Cuno Nr. 83 (Kabinettsitzung 27. 9. 1923), S. 385 f.

⁷⁹ Ebenda, S. 386, Fußnote 29.

⁸⁰ Ebenda, S. 385 f. und Nr. 152 (Der Reichskommissar für die Überwachung der Öffentlichen Ordnung an den Reichswehrminister, 19. 10. 1923), S. 648.

⁸¹ Kurt Rosenbaum: *Community of Fate*. New York 1965, S. 73 f.

⁸² Krüger, Versailles, S. 116 f.

Interesse unterstellt werden, die tatsächlich laufenden kommunistischen Aufstandsvorbereitungen zu vertuschen.

Die Befürchtungen der sowjetischen Außenpolitiker waren jedoch weitgehend grundlos, denn das Auswärtige Amt unter Stresemann verstand es, den Fall mit diplomatischer Delikatesse beizulegen. Die Wilhelmstraße dementierte, wie zuvor schon die sowjetische Botschaft, die Beteiligung Petrovs an der Anlegung der Waffenlager. Zugleich erhielt Botschafter Brockdorff-Rantzau allerdings die Instruktion, in Moskau darauf zu drängen, daß Petrov zurückgerufen werde, was dann Ende Januar 1924 auch geschah⁸³. Die Waffenkäufe für die KPD scheinen im übrigen für Petrov nur ein kleinerer „Deal“ gewesen zu sein. Jedenfalls hatte er Anfang 1923 Gespräche mit Vertretern der deutschen Marineleitung und des Heeres über eine mögliche Zusammenarbeit beim Wiederaufbau einer russischen Ostseeflotte geführt⁸⁴.

⁸³ Rosenbaum, *Community*, S. 72 und S. 76.

⁸⁴ Francis L. Carsten: *Reichswehr und Politik 1918–1933*. Köln usw. ²1965, S. 156 f.